

AUSGABE 5 | 2021

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Steuerausfälle bei Kommunen wegen Corona-Pandemie dramatisch

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder

Großveranstaltungen im Sommer?

Bundeskonferenz der kommunalen Entwicklungspolitik

AUS DEN STÄDTEN

Görlitz als Lebensort testen

Gelsenkirchen gründet KlimaForum

Autofreie Innenstadt in Bielefeld

FORUM

Bilanz Runder Tisch „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“

Grüne-Welle-Assistent für Radfahrende

FACHINFORMATIONEN

Steuerausfälle bei Kommunen wegen Corona-Pandemie dramatisch

Die Einbrüche bei den Steuereinnahmen als Folge von Corona werden auch nach der Pandemie noch über mehrere Jahre die kommunale Handlungsfähigkeit bedrohen. Das belegt die jüngste Steuerschätzung vom Mai 2021. Damit die Kommunen handlungsfähig bleiben und kommunale Investitionen nicht einbrechen, sind schnelle und entschiedene Hilfen von Bund und Ländern dringend notwendig. Das hatte schon unmittelbar nach Bekanntwerden der Ergebnisse der Steuerschätzung Städtetagspräsident Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig betont und gesagt:

„Ganz klar müssen die Städte warnen: Wir machen uns große Sorgen um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen. Die Lage der Kommunalhaushalte in diesem und den nächsten Jahren ist dramatisch. Gegenüber dem Vorjahr steigen die Steuereinnahmen zwar wieder. Doch die Städte und Gemeinden müssen auch 2021 und 2022 mit über 9 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen rechnen, als vor der Corona-Krise erwartet.“

TITELFOTO

Stadtnatur braucht Veränderung

Das Nest auf dem Cover hat ein Vogel in einem Amberbaum in Hof gebaut und benutzt, was in seiner Umgebung geeignet erschien. Der Baum ist Teil des Projektes „Stadtgrün 2021“ – einer Versuchsreihe der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG). Darin werden ausgewählte Baumarten aus anderen Klimazonen in bayerischen Städten daraufhin untersucht, wie gut sie den sich ändernden klimatischen Bedingungen mit mehr Trockenheit und Hitze widerstehen.

Ergebnisse zu Projekten wie diesem aber auch zu Insektenschutz und Nachhaltigkeit sammelt seit kurzem das Deutsche Klimavorsorgeportal:

➔ www.klivportal.de

(Foto: Dr. Susanne Böll)



Foto: Kellermanns

„Die Stadt Hoyerswerda ist kernbetroffen im Prozess des Kohleausstiegs und bringt sich maßgeblich in diesen Prozess ein. Strukturförderprogramme können nur genutzt werden, wenn es gelingt, ausreichend Eigenmittel aufzubringen.“

Oberbürgermeister
Ruban-Zeh
Hoyerswerda



Foto: Michael Nagy/
Presse- und Informationsamt München

„Die coronabedingten Steuerausfälle kann die Landeshauptstadt nicht allein stemmen. Im Jahr 2020 haben wir schnell auf die Corona-Krise reagiert und ein Sicherheitspaket für die städtischen Finanzen geschnürt. Für die Jahre 2021 und 2022 fehlt es bislang an klaren Bekenntnissen vom Bund für weitere Hilfen zum Ausgleich der Steuermindereinnahmen.“

Oberbürgermeister
Dieter Reiter
München

Die Kommunen brauchen deshalb mindestens noch für dieses und das nächste Jahr Hilfen von Bund und Ländern in Milliardenhöhe. Andernfalls drohen die kommunalen Investitionen einzubrechen. Und die Konjunktur würde sich deutlich langsamer erholen.“

Bund und Länder seien gefordert, schnellstmöglich auf der Grundlage der neuen Steuerschätzung eine Verständigung zu suchen und wie im Vorjahr gemeinsam einen Ausgleich der Gewerbesteuerverluste zu finanzieren, so Jung. Sonst müssten die Kommunen ihre Investitionen zusammenstreichen und seien viele Projekte, beispielsweise bei Kita- und Schulausbau, Verkehrswende und ÖPNV-Ausbau, Digitalisierung und Klimaschutz auf der Kippe.“

Dieser Forderung nach schnellen Hilfen haben sich in den vergangenen Tagen zahlreiche Stadtspitzen, darunter viele Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie die Finanzspitzen der Kämmereien in den Kommunen angeschlossen. Mit Pressemitteilungen und Statements machten sie auf die dramatische Situation der kommunalen Kassen aufmerksam und appellierten an die Adresse der örtlichen Bundestags- und Landtagsabgeordneten sich für eine Kompensation der Steuermindereinnahmen durch Bund und Länder einzusetzen.



Foto: Stadt Ingolstadt

„Kaum eine Kommune, die nicht mit zurückgehenden Steuereinnahmen in Folge der wirtschaftlichen Auswirkung der Pandemie zu recht kommen muss. In Ingolstadt verschärft sich die Situation noch durch einen andauernden Umbruch im automotiven Sektor.“

Oberbürgermeister
Dr. Scharpf
Ingolstadt



Foto: Schafgans/Bundesstadt Bonn

„Wir brauchen schnelle Hilfe von Bund und Land, denn gegen die Krise anzusparen, schadet auf lange Sicht unserer Stadt! Das kann niemand wollen!“

Oberbürgermeisterin
Katja Dörner
Bundesstadt Bonn



Foto: Viktoria Kühne - Landeshauptstadt Magdeburg

„Wir brauchen für die Steuerausfälle entsprechende Unterstützungen, um unseren Entwicklungsstand der Stadt in allen Facetten des täglichen Lebens, wie Wirtschaft, Kultur, Bildung, Sport, Soziales, erhalten zu können und weiter voranzutreiben.“

Oberbürgermeister
Dr. Lutz Trümper
Magdeburg



Foto: Stadt Braunschweig/Daniela Nielsen

„Für Braunschweig gilt: Ohne schnelle Hilfe von Bund und Land wird bei uns der Rotstift herrschen. Wir würden zu kurzfristigen Sparmaßnahmen gezwungen, die auf lange Sicht unserer Stadt Schaden zufügen.“

Oberbürgermeister
Ulrich Markurth
Braunschweig

Zum Hintergrund

Ein Abgleich zwischen der Steuerschätzung vom November 2019 – der letzten Steuerschätzung vor der Corona-Pandemie – und der aktuellen Steuerschätzung vom Mai 2021 verdeutlicht den historisch einmaligen Einbruch der Erwartungen bundesweit: Das Volumen der Steuermindereinnahmen beträgt in diesem Jahr 9,4 Milliarden Euro, dies entspricht ca. 110 Euro je Einwohner. Im kommenden Jahr ist mit Steuermindereinnahmen von gut 10 Milliarden Euro zu rechnen. Die Steuereinnahmen steigen zwar gegenüber dem katastrophalen Einbruch im vergangenen Jahr an. Aber die kommunalen Steuereinnahmen liegen sowohl in diesem

als auch den kommenden Jahren noch deutlich unter dem ursprünglich erwarteten Niveau.

Vergangenes Jahr (2020) haben Bund und Länder die Gewerbesteuerausfälle der Städte und Gemeinden mit 12,4 Milliarden Euro schnell und unkonventionell ausgeglichen. So wurden die Haushalte der Städte und Gemeinden erfolgreich stabilisiert und die Investitionen blieben auf hohem Niveau. Der Deutsche Städtetag hat Bund und Länder aufgefordert, auch in diesem und dem kommenden Jahr gemeinsam mit den Ländern die Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer zu kompensieren und dafür zu sorgen, dass die kommunalen Investitionen stabil bleiben.



Foto: CDU Essen

„Für eine Stadt wie Essen bedeutet das, dass allein bei den Gewerbesteuereinnahmen auf rund 45,6 Millionen Euro verzichtet werden muss, bei der Einkommenssteuer ist mit einem Verlust von 29,9 Millionen Euro zu rechnen. Gleichzeitig gibt es insbesondere Mehrbedarfe in den Bereichen der Hilfen zur Erziehung, die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes bei der Hilfe zur Pflege, die Digitalisierungsoffensive im Rahmen des DigitalPaktSchule und den tarifbedingten Anstieg der Personalaufwendungen.“



Oberbürgermeister
Thomas Kufen
Stadt Essen



Foto: Franken Life

„Wir müssen in den nächsten Jahren enorme Investitionen in die städtische Infrastruktur stemmen. Wir brauchen neue Schulen, Brücken müssen saniert, Betreuungseinrichtungen und -angebote ausgebaut werden. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu recht einen attraktiven Nahverkehr von uns. Und wir müssen unsere Innenstadt für die Zeit nach Corona noch attraktiver machen, um den Geschäftsleuten, Gastronomen und Hoteliers eine Perspektive bieten zu können.“



Oberbürgermeister
Marcus König
Nürnberg

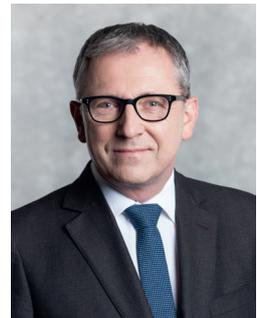


Foto: Stadt Mannheim

„Für die Kommunen gilt: Ohne schnelle Hilfe von Bund und Land stehen wir vor einer Phase der Instabilität und Unsicherheit mit negativen Folgen für unsere Arbeitsprogramme, etwa in den Bereichen Klimaschutz, Kinderbetreuung, Schulen, Mobilität, Wohnen und Digitalisierung. Das kann wirklich niemand ernsthaft wollen und würde bedeuten, dass wir in Deutschland auf zentralen Zukunfts- und Gerechtigkeitsfeldern ins Hintertreffen geraten.“



Oberbürgermeister
und Präsident des
Städtetags Baden-
Württemberg
Dr. Peter Kurz
Mannheim

Länder sollen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder maßgeblich mit finanzieren

Der Deutsche Städtetag hat an die Länder appelliert, für den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder Verantwortung zu übernehmen und sich maßgeblich finanziell zu beteiligen. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig, sagte dazu am 11. Juni „anlässlich der Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag:

„Wir erwarten von den Ländern ein klares Bekenntnis, die Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder maßgeblich mit zu finanzieren. Die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten müssen zu ihrer Verantwortung stehen. Wenn das Gesetz, auf das sich die Koalition jetzt geeinigt hat, heute den Bundestag passiert, bleibt eine milliardenschwere Finanzierungslücke. Diese Last darf nicht an den Kommunen hängen bleiben. Wenn auch die Länder den Rechtsanspruch wollen, müssen sie die Kosten abdecken, die der Bund nicht trägt. Hier gilt ganz klar: Wer bestellt, bezahlt. Den Städten steht wegen der Steuerausfälle durch die Corona-Pandemie das Wasser bis zum Hals. In diesem und nächsten Jahr fehlen bereits Milliarden Steuer-Einnahmen für dringend nötige Investitionen. Wenn Bund und Länder jetzt einen neuen Rechtsanspruch beschließen, müssen sie ihn auch finanzieren.“

Die Erwartungen der Familien sind groß: Die Eltern wollen keinen Rechtsanspruch auf reine Betreuung, sondern Bildungsangebote für ihre Kinder auch am Nachmittag. Auch das müssen sich die Länder ins Aufgabenheft schreiben. Die Städte unterstützen im Grundsatz den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder. Die Betreuungslücke für Kinder im Übergang von Kita und Schule zu schließen – vor allem in Westdeutschland – ist richtig.

Es hilft den Familien und verbessert die Bildungschancen der Kinder. Aber neben der unzureichenden Finanzierung steht: Gleichzeitig bleibt es eine riesige Herausforderung, bis dahin genügend Personal zu finden und die geeigneten Räumlichkeiten zu schaffen.“

„Wir erwarten von den Ländern ein klares Bekenntnis, die Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder maßgeblich mit zu finanzieren.“

Oberbürgermeister
Burkhard Jung
Präsident des Deutschen
Städtetages

Weitere Informationen

Notwendig sind nach einer Studie des Deutschen Jugendinstituts zusätzliche Betreuungs- und Förderangebote für rund 1 Million Grundschul Kinder. Das erfordert Investitionskosten von rund 7,5 Milliarden Euro. Bei voll ausgebautem Angebot werden zusätzliche Betriebskosten von jährlich 4,45 Milliarden Euro anfallen.

Der Bund will bis zu 3,5 Milliarden Euro für Investitionen in den Ausbau von Ganztagsgrundschulen und Horten bereitstellen. Für die Betriebskosten sagt er ab dem Jahr 2030 jährlich 960 Millionen Euro zu. Vorher beginnt die Bundesbeteiligung an den Betriebskosten im Jahr 2026 mit 100 Millionen Euro und wächst jährlich.

Städtetagspräsident
OB Burkhard Jung im
Gespräch mit Richard
David Precht.



©ZDF/Juliane Eirich

Internationaler Städtegipfel „Urban Summit“ kommt 2022 nach Deutschland

Vertreter aus Städtenetzwerken aus Frankreich, Italien, Japan, Großbritannien, den USA, Australien und Korea haben am 9. Juni beim ersten virtuellen G7-Städtegipfel über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Städte und über eine Agenda für die Zeit danach sowie über den Klimawandel diskutiert. Das Treffen unter dem Motto „Cities Unlocking Recovery and Renewal“ war von Core Cities UK organisiert worden. Es soll im kommenden Jahr in Deutschland stattfinden.

Eine Botschaft von Städtetagspräsident Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig lautete: „Städte müssen in globale Prozesse stärker eingebunden werden. Der heutige Urban Summit ist ein starkes Signal für städtisches Engagement und Gestaltungswillen.“

➔ <https://t1p.de/g7-u7-urban-summit>

ZDF-Sendung „Precht“ fragt: Sind unsere Städte noch zu retten?

Die Corona-Pandemie wirkt auf den Handel wie ein Katalysator: Während Online rasant wächst, werden stationäre Anbieter vielerorts verdrängt. Kleine Einzelhändler müssen aufgeben – auch große Kaufhausketten schließen. Das ist für die Städte ein Problem. Denn die Auswirkungen für Innenstädte und Stadtteilzentren sind dramatisch. Wenn die Attraktivität sinkt, weniger Menschen kommen und Begegnungen abnehmen, verändert sich die Stadtgesellschaft und droht schlimmstenfalls Verödung.

Wenn sich das Laden-Sterben weiter fortsetzt und zugleich die Mieten steigen, was bleibt dann noch von einer Stadtkultur, in der sich die Menschen gerne aufhalten? Und welche Rezepte und Ideen gibt es, da gegenzusteuern? Das fragt der Philosoph und Publizist Richard David Precht den Präsidenten des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von Leipzig, Burkhard Jung, in der Sendung „Precht“ vom 6. Juni.

➔ <https://www.zdf.de/gesellschaft/precht/precht-226.html>

Großveranstaltungen im Sommer – Public Viewing während der EM: Was ist möglich?

Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, hat mit Blick auf die Europameisterschaft und Public Viewing in den Städten und auf die Wünsche nach größeren Veranstaltungen in den Sommermonaten angesichts der Corona-Pandemie zu besonnenen Entscheidungen gemahnt. Dedy sagte dazu am 10. Juni gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland:

„Wir müssen aufpassen, dass Wunsch und Wirklichkeit zusammenpassen. Public Viewing zu EM mit tausenden Fußballfans, die sich glücklich in den Armen liegen, können wir uns jetzt noch nicht vorstellen. Denkbar ist aber das Anschauen von Fußballspielen in kleineren Runden in der Außengastronomie. Natürlich müssen Hygienemaßnahmen und Corona-Regeln beachtet werden.“

In wenigen Monaten kann das anders aussehen. Großveranstaltungen scheinen dann perspektivisch möglich. Sie müssen verantwortungsvoll geplant werden mit klaren Hygienekonzepten. Entscheidend für alle Veranstaltungen bleibt die Corona-Lage vor Ort.“



Die Gastgeberin der Konferenz, Oberbürgermeisterin Katja Dörner, Bundesstadt Bonn



Bundeskonzferenz der kommunalen Entwicklungspolitik in Bonn

„Gemeinsam. Fair. Global. Nachhaltig. Agenda 2030 – Kommunen gestalten Zukunft“ lautete das Motto der überwiegend virtuellen Veranstaltung, die vom 14. bis 16. Juni live aus dem World Conference Center Bonn übertragen wurde.

Im Fokus standen Fragen zur fairen Beschaffung, zu gesellschaftlichem Zusammenhalt, Digitalisierung, Klimaschutz und Pandemiebewältigung. Aber auch die Frage, was das konkret für Kommunen sowie ihre Partnerinnen und Partner im Globalen Süden bedeutet.

Über 800 Teilnehmende aus ganz Deutschland verfolgten den Livestream, nutzten die Chat- und Fragemöglichkeiten der virtuellen Veranstaltungsplattform und brachten sich in die über 30 interaktiven Workshops ein.

➔ <https://skew.engagement-global.de/bundeskonzferenz.html>



Foto: Rainer Weisfog

Görlitz als Lebensort testen

Die Stadt Görlitz bietet Menschen ab Herbst drei Monate kostenfreies Leben in der Stadt. Die Auserwählten müssen sich beruflich mit Klimaneutralität oder nachhaltiger Stadtentwicklung beschäftigen. In dem Projekt „Stadt der Zukunft auf Probe – Ein Wohn- und Arbeitsexperiment für ein klimaneutrales Görlitz“ sind Praktika in Unternehmen, wissenschaftliche Gastaufenthalte, Start-Up-Aktivitäten, aber auch Aufenthalte von freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern denkbar. Wohnungen stehen kostenfrei zur Verfügung und Unternehmen und Forschungseinrichtungen fungieren als Gastgeber. Außerdem stellen verschiedene lokale Initiativen Räumlichkeiten für künstlerisch-kreative Aufenthalte bereit. Das Projekt soll Aufmerksamkeit auf den Wohn- und Arbeitsstandort Görlitz lenken und zugleich Erkenntnisse liefern, wie es um die Chancen steht, qualifizierte Arbeitskräfte anzulocken.

Das Projekt wird durch das Interdisziplinäre Zentrum für ökologischen und revitalisierenden Stadtumbau (IZS) wissenschaftlich begleitet und im Rahmen der „Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)/ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) gefördert.

➤ <http://stadt-der-zukunft-auf-probe.ioer.eu>

Gelsenkirchen gründet KlimaForum

Die Stadt Gelsenkirchen hat gemeinsam mit dem örtlichen Wissenschaftspark das „KlimaForum Gelsenkirchen“ gegründet. Unter diesem Dach sollen sich Unternehmen, lokale Akteure und Einrichtungen zum Thema Klimaschutz vernetzen und aktiv werden.

Geplant sind ein digitaler Wissenspool und eine Kooperationsplattform sowie Veranstaltungen. Neben den Projekten einzelner Akteure zum Klimaschutz soll es Informationen zum Klimakonzept der Stadtverwaltung geben sowie Best-Practice-Beispiele und Hinweise, wie Unternehmen und Betriebe zu den Klimazielen der Stadt beitragen können.

➤ www.klimaforum-gelsenkirchen.de



Foto: Franz Weiß

Wissenschaftspark Gelsenkirchen

E-Transporter aus Deutschland

ANZEIGE



TROPOS
MOTORS®

ÖKONOMISCH. NACHHALTIG.

Der Tropos ABLE. 100% elektrisch.

FÖRDER-
FÄHIG¹



Abb. zeigt Sonderausstattung.

Platz für 2 Europaletten + 1 Gerätebox.
Kompakte 1,40 x 3,70 m (B x L).
Bis 700 kg Nutzlast. Anhängelast 300 kg.
Bis 260 km Reichweite.



¹ mehr Details zu den Fördermöglichkeiten auf www.tropos-motors.de/foerderung

tropos-motors.de



An der Ritterstraße in Bielefeld haben die anliegenden Gastronomen bereits ihre Tische auf die freigewordenen Parkplätze gestellt und mit Paletten zur Fahrbahn abgetrennt.

Bielefeld testet autofreie Innenstadt

In der Bielefelder Altstadt sind seit Mitte Juni zahlreiche Straßen testweise für Autos und den Durchgangsverkehr gesperrt. Im Juli sollen weitere Straßensperrungen hinzukommen. Mit dem Projekt „altstadt.raum“ – einem Verkehrsversuch bis Februar 2022 – will die Stadt testen, inwieweit eine autofreie Altstadt für die Menschen attraktiver ist. Das Modellprojekt war Ende Mai vom Rat beschlossen worden. Dafür sollen unter anderem Parkstreifen zu Sitzmöglichkeiten und Gastronomienutzung umgewandelt und Spielgeräte für Kinder aufgestellt werden.

➔ www.bielefeld.de

Runder Tisch „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ zieht positive Bilanz

Der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im September 2018 eingerichtete Runde Tisch „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ hat jüngst seine Bilanz der gemeinsamen Arbeit in der 19. Legislaturperiode vorgelegt.

Zentrale Ergebnisse

Zentrale Ergebnisse des Runden Tisches in dieser Legislatur sind die Umsetzung des Bundesförderprogramms „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ in enger Zusammenarbeit von Bund und Ländern und die Beratungen zu einer bundesgesetzlichen Regelung zu Schutz und Beratung bei Gewalt.

Um den Aus-, Um- und Neubau sowie die Sanierung von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen zu fördern, stellt der Bund mit

dem Bundesinvestitionsprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ 30 Millionen Euro pro Jahr in den Jahren 2020 bis 2024 bereit. Das Programm wird in enger Kooperation von Bund und Ländern erfolgreich umgesetzt. Es wurden und werden in allen Bundesländern Bauprojekte auf den Weg gebracht, die mehr Frauen und Kindern Schutz und bedarfsgerechte Unterstützung bieten und insbesondere den Zugang für Betroffene mit Behinderungen verbessern werden.

Flankiert wird das Investitionsprogramm durch das Bundesinnovationsprogramm, für das der Bund 5 Millionen Euro pro Jahr bis 2022 zur Erprobung von neuen Konzepten zum Schutz, zur Unterstützung und Prävention von Gewalt gegen Frauen zur Verfügung stellt. Auch die Bundesländer und Kommunen investieren in erheblichem Um-



Bundesfrauenministerin
Christine Lambrecht

„Wir müssen in der nächsten Legislaturperiode eine bundesgesetzliche Regelung schaffen für den Zugang zu Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt. Wir brauchen einen einheitlichen Rahmen für die Finanzierung der Arbeit von Frauenhäusern und ambulanten Hilfsangeboten. Die Vorarbeiten hierzu treiben wir jetzt intensiv voran.“

„Die Kommunen engagieren sich gerade auch in der Corona-Krise durch zahlreiche Projekte und Maßnahmen gegen häusliche Gewalt. Das Bundesförderprogramm ist ein erster wichtiger Schritt für bessere Hilfe für Frauen in Not. Aber es muss noch mehr getan werden, weil viele Frauenhäuser überlastet sind.“



Foto: Anneka Klant/BMFStJ

Katja Dörner
Oberbürgermeisterin
der Stadt Bonn
und Präsidiumsmitglied
des Deutschen Städtetages

fang in die Bereitstellung und den Ausbau von Unterstützungsangeboten im Sinne der Istanbul-Konvention.

Die Zusammenarbeit am Runden Tisch hat zu einer Verstärkung des Engagements und zu einer besseren Verzahnung der Schutzmaßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen geführt. Daher soll der Runde Tisch „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ auch in der kommenden Legislaturperiode fortgeführt werden. Er hat sich als ein wertvolles Format für ein koordiniertes Handeln von Bund, Ländern und Kommunen zum effektiveren Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt erwiesen und trägt so zu einer zielgerichteten Umsetzung der Istanbul-Konvention bei.

Positionspapier für bundesgesetzliche Regelung

Mit dem beschlossenen Positionspapier „Schutz und Beratung bei Gewalt bundesweit sicherstellen – Gemeinsame Position für

eine bundesgesetzliche Regelung“ sprechen sich der Bund, eine breite Mehrheit der Bundesländer und die kommunalen Spitzenverbände für eine bundesgesetzliche Regelung zur Finanzierung von Frauenhäusern und ambulanten Hilfs- und Betreuungseinrichtungen aus. Das Positionspapier ist abrufbar unter: <https://t1p.de/PoPa-Runder-Tisch>

Das bundesweite Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ bietet unter der Telefonnummer 0 8000 116 016 rund um die Uhr, anonym und in 18 Sprachen Beratung und Vermittlung in das örtliche Hilfesystem an. Das Hilfetelefon ist eine wichtige erste Anlaufstelle für gewaltbetroffene Frauen, gerade in Zeiten von Corona. Im Jahr 2020 führten sie 51.407 Beratungen durch – das entspricht einem Anstieg von 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dabei nahmen die Anfragen zu häuslicher Gewalt überproportional zu: Alle 22 Minuten fand im vergangenen Jahr dazu eine Beratung statt.

➔ www.hilfetelefon.de



Leezenflow – Grüne-Welle-Assistent für Radfahrende

Die Stadt Münster ist auf dem Weg zu einer smarten Fahrradstadt. Ein Smart City-Projekt für Radfahrende ist als open-source-Lösung zum Nachbauen und Weiterentwickeln angelegt und deshalb auch für andere Städte ein möglicher Beitrag, klima- und umweltfreundlichen Radverkehr attraktiver zu machen.

Leezenflow: Baustein zur smarten Fahrradstadt

Angenommen man fährt mit dem Fahrrad (Leeze) auf eine Ampel zu und weiß rechtzeitig, wann sie umschaltet. So kann man seine Geschwindigkeit anpassen, um komfortabel und im „Flow“ bei Grün durchzufahren. Das ist die Idee hinter dem Grüne-Welle-Assistent Leezenflow: Auf einer digitalen Anzeige wird anhand des Farbverlaufs bereits mehrere Meter vor der nächsten Straßenkreuzung signalisiert, wie lange die aktuelle Ampelphase noch andauert. Dadurch kann jede/r Radfahrer:in die Geschwindigkeit individuell anpassen und kommt flüssiger und sicherer

ans Ziel. Das System bietet nicht nur mehr Komfort, sondern führt im Idealfall zu weniger Rotlichtverstößen.

Der Leezenflow ist mit der jeweiligen Fahrradampel verbunden und ändert die Länge des Farbverlaufs je nach Ampelzustand dynamisch. Hierfür wird ein in der Ampeltechnik vorhandenes Signal genutzt, um Informationen über die Ampelintervalle frühzeitig weiterzugeben. Diese Übertragungstechnik soll in den nächsten Jahren EU-weit in jeder Ampel verbaut sein, um Kommunikation zwischen Ampeln und Fahrzeugen zu ermöglichen. Andere Städte beginnen damit, diese Technik als sogenannte „Car-to-X-Kommunikation“ vor allem für den Pkw-Verkehr einzusetzen.

In Münster möchte die Stabsstelle Smart City diese frühzeitig für den Radverkehr nutzbar machen und damit „Bike-to-X-Kommunikation“ schaffen. Somit kann das münstersche Smart City-Projekt Leezenflow der Grundstein für mögliche Folgeprojekte werden

– wie zum Beispiel eine Grüne-Welle-App, die auf der gleichen Übertragungstechnik basiert. Gleichzeitig ist Leezenflow neben der Tracking-Aktion „Dein AppGrade für Münsters Fahrradwege“ ein weiterer Baustein auf dem Weg zur smarten Fahrradstadt Münster 2.0.

Idee aus Münster als Open-Source weiterentwickelt

Die Idee Leezenflow stammt aus dem Hackathon „Münsterhack“ 2019 und hat seinerzeit den Zuschauerpreis und später auch den „Nachgeha(c)kt“-Preis gewonnen. Anschließend wurde die Idee gemeinsam von Mitgliedern des Hackathon-Teams in Zusammenarbeit mit der Stadt Münster weiterentwickelt: Die Programmierung übernehmen die bCyber UG sowie Code for Münster. Das Design Leezenflow haben die beiden Studentinnen Magdalena Schmitz und Leonie Winkelmann im Rahmen ihrer Bachelorarbeit an der Fachhochschule Münster entwickelt. Leezenflow wird als Open-Source-Lösung komplett zum Nachbauen veröffentlicht, so dass auch andere Kommunen das Projekt nutzen können. Der Programmiercode sowie die Dokumentation und Evaluation werden voraussichtlich Ende des Jahres online gestellt.

Leezenflow im Test

Seit Mitte Mai 2021 wird der Leezenflow an der Kreuzung Hörstertor auf der Promenade getestet. Verbunden mit der Installation wurde eine wissenschaftliche Evaluation gestartet, um Aussagen darüber treffen zu können, inwiefern der Leezenflow den Radverkehrsfluss verbessert, die Verkehrssicherheit fördert und die Münsteraner Radfahrer:innen mit dem Prototyp zufrieden sind. Zusätzlich wurden im Rahmen einer Online-Umfrage neben persönlichen Erfahrungen mit dem Prototyp auch nach möglichen Verbesserungsvorschlägen sowie nach weiteren Leezenflow-Standorten im Stadtgebiet von Münster gefragt.

Kollaborative Zusammenarbeit

Bei dem Projekt Leezenflow arbeitet die Stabsstelle Smart City Münster zusammen mit dem Amt für Mobilität und Tiefbau (Fachstelle Verkehrsmanagement und Smart Mobility, Fahrradbüro), dem Stadtplanungsamt (Fachstelle Baudenkmalerschutz und -pflege), der Fachhochschule Münster (Münster School of Design) sowie der bCyber UG, Code for Münster und swarco (Niederlassung Münster).

Dem Piloten auf der Promenade sollen weitere Standorte folgen. Ziel ist es, Leezenflow langfristig an weiteren Ampelkreuzungen, vor allem auch an den Münsteraner Velorouten, einzusetzen, um den Radverkehr in Münster noch attraktiver zu gestalten.



Fotos: Melke Reiners Fotografie

Leezenflow im Überblick

- Leeze ist Masematte und heißt Fahrrad. Masematte, ein regionaler Soziolekt aus den Arbeitervierteln von Münster.
- Idee: Münsterhack 2019
- Kollaborative Weiterentwicklung: ab Sommer 2020
- Designpräsentation: Februar 2021
- Start der Testphase auf Münsters Promenade: 17. Mai 2021
- Open-Source-Lösung: Daten werden zum Nachbauen online gestellt

➔ <https://smartcity.ms/leezenflow>



DEUTSCHER
NACHBARSCHAFTSPREIS
2021

Bewerbungsaufakt für Deutschen Nachbarschaftspreis

Nachbarschaftsprojekte in ganz Deutschland können sich bis zum 18. Juli 2021 für den Deutschen Nachbarschaftspreis bewerben. Gesucht werden Projekte von der klassischen Nachbarschaftshilfe über Viertelverschönerungs- oder Integrationsinitiativen bis hin zu Begegnungsprojekten zwischen älteren und jüngeren Menschen. Die Preise werden im Herbst 2021 vergeben. Der Preis ist mit insgesamt 57.000 Euro dotiert und wird von der nebenan.de-Stiftung vergeben. Zuvor werden auf Landesebene 16 Siegerprojekte gekürt sowie Siegerprojekte in den fünf Themenkategorien Generationen, Kultur & Sport, Nachhaltigkeit, Öffentlicher Raum sowie Vielfalt. Der Preis wird auch vom Deutschen Städtetag unterstützt.

➤ www.nachbarschaftspreis.de

VKU-Stadtwerkekongress 2021

Im September lädt der VKU zum Stadtwerkekongress in die Westfalenhalle nach Dortmund. Auf dem Programm des Branchentreffens stehen am 7. September Barcamps, Startup-Pitches, Serious Play zu Themen wie Nachhaltigkeit als Geschäftsmodell, smarte Perspektiven durch Digitalisierung, Stadtwerke im Jahr 2025. Der Programmtag am 8. September behandelt unter anderem Themen wie Stadtwerke im Fokus der Politik, Lösungen für eine klimaneutrale Kommune und smarte Infrastrukturen.

➤ <https://t1p.de/Stadtwerkekongress2021>

Preis für digitales Miteinander

Zwei lokale Projekte aus Oldenburg und Lüneburg haben in diesem Jahr den „Preis für digitales Miteinander“ erhalten. Die mit insgesamt 20.000 Euro dotierte Auszeichnung wurde anlässlich des Digitaltags verliehen. Der bundesweite Aktionstag für digitale Teilhabe fand am 18. Juni 2021 zum zweiten Mal statt.

Gewinner des Preises in der Kategorie „Digitale Teilhabe“ ist das Bümmersteder Seniorbüro in Oldenburg. Es bringt Tandems aus jungen Freiwilligen mit älteren Menschen mit wenigen oder keinen digitalen Kompetenzen zusammen.

➤ <https://t1p.de/buemmersteder-seniorenbuero>

In der Kategorie „Digitales Engagement“ gewann der Mitwirk-O-Mat aus Lüneburg. Das ist eine Web-Anwendung, die Bürgerinnen und Bürgern verrät, welche von 68 lokalen Initiativen für Ehrenamt und Engagement am besten zu ihnen passt. Nach 20 beantworteten kurzen Fragen schlägt der Algorithmus passende Initiativen vor. Nutzende können sich mit der Anwendung weiter informieren, die Vorschläge vergleichen oder direkt Kontakt aufnehmen.

➤ <https://t1p.de/mitwirk-o-mat>



Foto: Stefanie Kleemann, Dortmund-Agentur

Deutscher Städtetag



Foto: Stadt Düsseldorf

Neu im Amt

Bau- und Verkehrsausschuss: **Cornelia Zuschke**, Beigeordnete für Planen, Bauen und Liegenschaft der Stadt Düsseldorf ist neue Vorsitzende des Bau- und Verkehrsausschusses des Deutschen Städtetages. Sie folgt auf **Hartmut Hoferichter**, Stadtdirektor der Stadt Solingen und Dezernent für Planen, Bauen, Verkehr und Umwelt, der Ende des Jahres in den Ruhestand tritt. Hoferichter ist seit 2009 Mitglied im Ausschuss und übernahm 2013 den Vorsitz. Hartmut Hoferichter hat die Sitzungen des Ausschusses äußerst fachkompetent geleitet und moderiert, darüber hinaus hat er sich für den Deutschen Städtetag und die Belange der Kommunen in den Bereichen Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr bei diversen Veranstaltungen auf Bundesebene eingebracht.



Foto: Stadt Solingen



Foto: privat

Saarländischer Städte- und Gemeindetag: **Stefan Spaniol** ist neuer Geschäftsführer des Saarländischen Städte- und Gemeindetages. Er tritt sein Amt am 1. Juli an. Spaniol ist Nachfolger von Barbara Beckmann-Roh, die in den Ruhestand getreten ist. Sie war von 2013 bis 2021 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Verbandes.

Geburtstage



Foto: Wolf Sondermann

Der Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal, **Prof. Dr. Uwe Schneidewind** (Bündnis 90/Die Grünen) feiert am 8. Juli seinen 55. Geburtstag. Er steht seit 2020 an der Spitze der Stadt Wuppertal. Prof. Dr. Schneidewind engagiert sich im Präsidium und im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de